



Bundesanstalt für
Immobilienaufgaben

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ellerstr. 56, 53119 Bonn



Bundesforst

SPARTE

GESCHÄFTSZEICHEN

ZEBF-VV3021 - 05/17

ANSPRECHPARTNERIN

Forstdirektor Axel Schulze-Bierbach

ANSCHRIFT

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Zentrale - Sparte Bundesforst -
Abt. Dienstliegenschaften
Fachgebiet Betreuung Gaststreitkräfte
Rudolphstraße 28-30
90489 Nürnberg

TEL

+49 (0)911 99261-290

FAX

+49 (0)911 99261-293

E-MAIL

Axel.Schulze-Bierbach@bundesimmobilien.de

INTERNET

www.bundesimmobilien.de

DATUM 29.01.2018

Verteiler:

(gemäß beigelegter Verteilerliste)

U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr

Neubau der Projekte "Vehicle Maintenance Shop (VMS)" und "Training Support Center (TSC)"

Waldumwandlungsverfahren gemäß § 45 Abs. 2 Bundeswaldgesetz (BWaldG)

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Niederschrift zum Erörterungstermin am 18.01.2018 in Grafenwöhr

Anlagen:

1. Tagesordnung
2. Präsentation Landesbaudirektion; Vorstellung der Vorhaben
3. Präsentation Büro Dr. Schober; Vorstellung der Ergebnisse des UVP-Berichtes
4. Stellungnahme Büro Dr. Schober vom 15.01.2018
5. Anwesenheitsliste

1. Begrüßung. Allgemeine Vorbemerkungen. Vorstellung. Verhandlungsleitung

(Hr. Schulze-Bierbach)

Herr Forstdirektor Schulze-Bierbach begrüßt die Erschienenen um 10.00 Uhr im Saal des Sportparks der Stadt Grafenwöhr, Am Waldbad 4 in 92655 Grafenwöhr und stellt sich vor.

Er leitet in der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben - Zentrale Sparte Bundesforst - das Fachgebiet „Betreuung Gaststreitkräfte“. Er vertritt, zusammen mit seinem Kollegen Herrn Forstdirektor Feuring von der Abteilung Naturschutz, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) - Zentrale Sparte Bundesforst - als zuständige Bundesforstbehörde und Verfahrensträgerin für das Waldumwandlungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung für die Projekte VMS und TSC auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Er leitet die heutige Veranstaltung.

Zusätzlich stellt er als *Verwaltungshelfer* der BImA vor:

- die Rechtsanwaltskanzlei Redeker-Sellner-Dahs aus Bonn, vertreten durch Herrn Prof. Dr. Schink, der aus rechtlicher Sicht die heutige Veranstaltung unterstützt sowie
- das Umweltbüro Narr-Risk-Türk aus Marzling,

vertreten durch Herrn Narr, Herrn Müller und Frau Spadt, die aus naturschutz- und umweltfachlicher Sicht die Veranstaltung unterstützen. Das Umweltbüro NRT protokolliert freundlicherweise die Ergebnisse der heutigen Veranstaltung.

Er begrüßt als Vertreter der Landesbaudirektion Bayern, Herrn Leitenden Baudirektor Adelmann, sowie die Vertreter des Staatlichen Bauamtes Amberg-Sulzbach, Herrn Widder und Herrn Schiedermeier, als Vorhabenträger für die U.S.-Streitkräfte.

Des Weiteren begrüßt er die Vertreter der anwesenden Behörden und Vereinigungen sowie die Vertreter der Stadt Grafenwöhr als Gastgeber.

Herr Schulze-Bierbach weist auf folgende Zusammenhänge hin:

Der Erörterungstermin (EÖT) ist gem. § 73 Abs. 6 S. 6 i.V.m. § 68 Abs.1 S.1 VwVfG nicht öffentlich. Mit Zustimmung aller Beteiligten stellt er die Öffentlichkeit her, nachdem keine Einwände gegen die Zulassung der Öffentlichkeit bestehen.

Gleichzeitig begrüßt er die Vertreter der anwesenden Presse.

Im weiteren Verlauf verhandelt Herr Schulze-Bierbach wie folgt:

- Nach dem alle beteiligten und betroffenen Behörden sowie anerkannte Vereinigungen von Herrn Schulze-Bierbach mit Schreiben vom 09.01.2018 zum heutigen Erörterungstermin eingeladen wurden, stellte Herr Schulze-Bierbach die ordnungsgemäße Ladung fest.
- Herr Schulze-Bierbach bittet darum, dass sich die Anwesenden in die Anwesenheitsliste eintragen.
- Die Ergebnisse des Termins sollen in einem Ergebnisprotokoll zusammengefasst werden. Nachdem Herr Schulze-Bierbach durch Aufruf dieses Vorschlages keinen Einspruch feststellen hat, wird der Vorschlag angenommen.
- Herr Schulze-Bierbach stellt die Tagesordnung für den heutigen Erörterungstermin vor, die nach Aufruf ohne Änderungen angenommen wird. Diese wird als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.
- Herr Schulze-Bierbach bittet anschließend gemäß Tagungsordnung zu verfahren und ruft hierzu jeweils die Vortragenden auf.

2. Vorhabendarstellung durch den Vorhabenträger

(Landesbaudirektion Bayern)

Das Vorhaben wird mittels Präsentation von Herrn Adelmann (Landesbaudirektion Bayern) vorgestellt. Die Präsentation wird der Niederschrift in Anlage 2 beigelegt.

Herr Adelmann erläutert die Projektziele sowie den Projektumfang der beiden Vorhaben. Danach wird für das Vorhaben VMS eine Fläche von 10,2 ha und für das Vorhaben TSC eine Fläche von 3,6 ha in Anspruch genommen. Damit verbunden ist eine Rodung von Wald auf einer Fläche von 9,8 ha (VMS) und 3,6 ha (TSC).

Entgegen der Angaben in den eingereichten Genehmigungsunterlagen erfolgt die Entwässerung im gesamten Lagerbereich sowohl bei VMS wie auch bei TSC über eine Trennkanalisation anstatt über eine Mischkanalisation. Dies bestätigt Herr Adelmann nochmal auf Nachfrage von Herrn Lukassek vom Landesfischereiverband Bayern e.V.

3. Waldumwandlungsverfahren: Darstellung des bisherigen Verfahrensablaufs

(Herr Prof. Dr. Schink)

Die Darstellung des bisherigen Verfahrensablaufs erfolgt durch Herrn Prof. Dr. Schink, der von der BImA als Verwaltungshelfer für die rechtliche Begleitung des Verfahrens beauftragt ist.

Herr Prof. Dr. Schink führt aus, dass es sich bei diesem Verfahren um ein Waldumwandlungsverfahren gem. § 45 Abs. 2 BWaldG mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) handelt. Die Vorhaben VMS und TSC, für deren Realisierung die Rodung von Wald erfolgen soll, dienen Zwecken der Verteidigung. Zweck beider Vorhaben ist es, den Übungsbetrieb auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr zu verbessern und zu optimieren. Daraus ergibt sich, dass die BImA für die Durchführung des Waldumwandlungsverfahrens zuständig ist. Die Zuständigkeit ergibt sich aus dem Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImAG) vom 09.12.2004 (BGBl. I S. 3235), zuletzt geändert durch Art. 15 Abs. 83 des Gesetzes vom 05. Februar 2009 (BGBl. I S. 160).

Für eine Waldrodung mit einer Größe von mehr als 10 ha ist nach Nr. 17.2.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine UVP durchzuführen. Danach ist eine UVP für die Vorhaben VMS und TSC erforderlich. Die zu rodende Fläche beträgt zwar für jedes der Vorhaben weniger als 10 ha, kumulativ überschreiten beide Vorhaben zusammen jedoch diesen Schwellenwert. Nach § 10 Abs. 1 UVPG ist deshalb für beide Vorhaben eine gemeinsame UVP durchzuführen. Das Waldumwandlungsverfahren stellt das Trägerverfahren für die UVP dar.

Parallel zu gegenständlichem Waldumwandlungsverfahren werden baurechtliche, bodenrechtliche oder wasserrechtliche Belange in eigenen Verfahren geregelt.

Herr Prof. Dr. Schink erläutert weiter den Stand und Ablauf des UVP-Verfahrens.

Der UVP-Bericht ist durch Schreiben der Antragstellerin vom 23.10.2017 vorgelegt worden. Er erfüllt die Anforderungen des § 16 Abs. 1, 3 i. V. m. Anlage 4 UVPG. Die im UVP-Verfahren erforderliche Beteiligung der in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden und der Öffentlichkeit ist ordnungsgemäß durchgeführt worden. Die öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen ist rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht worden.

Die Antragsunterlagen einschließlich des UVP-Berichts haben in der Zeit vom 06.11. bis zum 06.12.2017 im Rathaus der Stadt Grafenwöhr, im Bundesanzeiger, auf dem Internetportal des Bundes, beim Umweltbundesamt sowie auf dem Internetportal der BImA zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung wurde mit Ablauf der Äußerungsfrist einen Monat nach Ende der Auslagefrist am 08.01.2018 beendet. Mit Ende der Auslagefrist sind 13 Stellungnahmen fristgerecht eingegangen. Zwei Stellungnahmen gingen nach Ende Auslagefrist ein. Die Ladung zum Erörterungstermin erfolgte ordnungsgemäß durch Schreiben der BImA vom 09.01.2018. Der Erörterungstermin dient dazu, den Einwendern, den betroffenen Behörden und den anerkannten Verbänden Gelegenheit zu geben, zum Vorhaben und zu seinen Umweltauswirkungen Stellung zu nehmen.

Ziel der verfahrensführenden Behörde (BImA) ist es, die Bescheiderstellung zeitnah durchzuführen, da die Rodung aus Interesse des Naturschutzes bis Ende Februar 2018 erfolgt sein muss.

Weiter erläutert Herr Prof. Dr. Schink, dass der Vorhabenträger mit Schreiben vom 17.01.2018 den Antrag auf sofortige Vollziehung des Bescheides im überwiegenden öffentlichen Interesse beantragt hat.

Abschließend weist Herr Prof. Dr. Schink darauf hin, dass Anträge im Erörterungstermin gestellt werden können. Er schließt mit dem nochmaligen Hinweis ab, dass in diesem Verfahren nur über Belange zum Waldumwandlungsverfahren entschieden wird. Über baurechtliche, bodenrechtliche oder wasserrechtliche Belange wird in eigenen Verfahren entschieden.

Auf Nachfrage seitens Herrn Schulze-Bierbach gibt es hierzu keine Fragen.

4. Vorstellung des UVP-Berichtes

(Büro Dr. Schober)

Die Inhalte des UVP-Berichtes werden mittels Präsentation von Büro Dr. Schober vorgestellt. Die Präsentation wird der Niederschrift in Anlage 3 beigelegt.

Herr J. Schober erläutert, dass lt. UVP-Bericht die entscheidungserheblichen Schutzgüter Boden, Wasser, Wohnumfeld/ Lärm und Arten- und Biotopschutz sind. Durch die ergriffenen Vermeidungs-, Minimierungs- und Schutzmaßnahmen werden die beeinträchtigenden Umweltauswirkungen deutlich begrenzt. Verbleibende erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes werden durch entsprechende Maßnahmen kompensiert, die Vorgaben der umwelt- und naturschutzrechtlichen Vorschriften werden erfüllt. Es kommt weder zu erheblichen Beeinträchtigung von FFH- oder Vogelschutzgebieten i.S.d. § 34 Abs. 1 BNatSchG noch ist mit den beiden Vorhaben die Erfüllung von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 verbunden.

Auf Nachfrage seitens Herrn Schulze-Bierbach gibt es hierzu keine Fragen.

5. Erörterung von ausgewählten Stellungnahmen und Einwendungen von Trägern öffentlicher Belange

5.1 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg

Für das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Regensburg ist als Vertreter Herr Grünert anwesend. Er erläutert die Grundzüge seiner Stellungnahme. Er weist darauf hin, dass die Walderhaltung im Interesse des AELF ist. Dieses sieht er für die Vorhaben VMS und TSC durch die in den Genehmigungsunterlagen aufgeführten Ersatzaufforstungen gewahrt. Somit stimmt er den Vorhaben unter Berücksichtigung dieser Ausgleichsmaßnahmen zu.

Eine weitergehende Forderung wie die der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Bayern e. V. (siehe Stellungnahme vom 11.01.2018), jeden Waldverlust zu vermeiden bzw. diesen mindestens 1:1 zu kompensieren, sieht Herr Grünert als nicht notwendig. Die Kompensation der Waldverluste mit einem Faktor von 0,5, wie in den Genehmigungsunterlagen dargestellt, ist aus Sicht von Herr. Grünert ausreichend, da im U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr eine natürliche Waldvermehrung feststellbar ist.

Herr Prof. Dr. Schink ergänzt hierzu, dass für die beiden Vorhaben aus Gründen der Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in die Umwelt eine Alternativenprüfung durchgeführt wurde. Daraus geht hervor, dass keine Alternative vorhanden ist, die den Zweck des Vorhabens an anderer Stelle oder in anderer Ausführung mit geringeren Beeinträchtigungen erfüllt.

5.2 Regierung der Oberpfalz, Höhere Naturschutzbehörde

Stellvertretend für die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung der Oberpfalz (HNB) und für die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Neustadt an der Waldnaab (UNB) ist Herr Dr. Fleischmann von der UNB anwesend. Als Vertreter der UNB unterstützt er die Stellungnahme der HNB. Herr Dr. Fleischmann erläutert, dass auch aus Sicht der UNB die eingereichten Unterlagen zu Natur und Umwelt vollständig und ausreichend sind. Eine Alternativenprüfung wurde durchgeführt, deren Ergebnisse nachvollzogen werden können. Weiter erläutert er, dass ein Landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt wurde, in dem Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie CEF- und Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation unvermeidbarer Eingriffe aufgeführt sind. Die darin beschriebenen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen sind aus naturschutzfachlicher Sicht zwingend erforderlich und im genannten Umfang ausreichend. Herr Dr. Fleischmann bittet bei der Umsetzung der in den Landschaftspflegerischen Begleitplänen genannten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen die zuständige Untere Naturschutzbehörde zu beteiligen.

Auch dem Ergebnis der beiden eingereichten FFH-Verträglichkeitsprüfungen sowie den beiden Artenschutzbeiträgen kann aus naturschutzfachlicher Sicht gefolgt werden.

Auf Nachfrage seitens des Verhandlungsführers Herrn Schulze-Bierbach erklärt Herr Dr. Fleischmann, dass die zustimmende Stellungnahme der Höheren Naturschutzbehörde zugleich auch die Zustimmung und damit die Ausnahmegenehmigung für die Beeinträchtigungen der nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope enthält. Hierbei handelt es sich um eine Beeinträchtigungen des nach § 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG gesetzlichen geschützten Lebensraumes „Großseggenriede außerhalb der Verlandungsbereiche“ (BNT R31-GG00BK) in einer Größe von 1.026 m² durch das Vorhaben VMS. Insbesondere sei der Eingriff auch in diese Biotope durch die in den Unterlagen festgesetzten Kompensationsmaßnahmen insgesamt ausgeglichen.

5.3 Wasserwirtschaftsamt Weiden / Bayerisches Landesamt für Umwelt

Aufgrund der weitestgehend vergleichbaren Inhalte der Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Umwelt mit den Inhalten der Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Weiden werden beide Stellungnahmen gemeinsam erörtert. Zu den beiden Stellungnahmen liegt eine Erwiderung der Stellungnahmen vom Büro Dr. Schober vom 15.01.2018 vor. Diese wird der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Ein Vertreter des Bayerischen Landesamtes für Umwelt ist nicht anwesend. Für das Wasserwirtschaftsamt (WWA) Weiden ist Frau Hornung und Herr Schwarz anwesend.

Das WWA stellt dar, dass mit den beiden Vorhaben grundsätzlich Einvernehmen besteht, einige Punkte aber noch der Erörterung bedürfen. So ist aus Sicht des WWA entsprechend der eingereichten Stellungnahme das Schutzgut Boden in beiden Eingriffsbereichen betrachtet, aber z.T. nur oberflächlich behandelt und in der Bewertung nicht ausreichend berücksichtigt.

Den Aussagen zum Schutzgut Boden, dass es sich um Böden mit einer geringen bis mittleren Bedeutung bzw. Empfindlichkeit handelt, kann seitens des WWA nicht gefolgt werden. Bei Berücksichtigung der Einschätzung des WWA, dass in Teilbereichen grundwasserbeeinflusste, organische Böden vorkommen, müsste die Bewertung angepasst werden. Herr Dr. Schober erwidert darauf, dass bei der Bewertung der Bestandssituation in den Gutachten die Vorbelastung mit eingestellt wurde. Diese stellt sich als flächige Entwässerung der beanspruchten Bereiche mittels mehrerer funktionsfähiger Entwässerungsgräben dar. Er erläutert dies anhand eines Lageplanes mit Luftbild. Auch aus den Kartierungen der Vegetation vor Ort ist aus seiner Sicht abzuleiten, dass intakte Moorböden im Eingriffsbereich nicht vorkommen. Dies war der Grund für das Büro Dr. Schober die Wertigkeit der Böden von hoch auf mittel herabzusetzen.

Auf die Nachfrage seitens des WWA, ob bei einer höheren Bewertung der Böden ein höheres Kompensationserfordernis zu erwarten ist, erwidert Herr Dr. Schober, dass aus seiner Sicht der Umfang der geplanten Kompensationsmaßnahmen mit rund 15 ha anrechenbare Fläche auch die Eingriffe in das Schutzgut Boden kompensieren, selbst wenn die Bedeutung von Teilflächen höher zu bewerten wäre, wie dies in den Unterlagen erfolgt ist. Die Bewertung des durch die Verwirklichung der Maßnahmen VMS und TSC verursachten Eingriffe in Natur und Landschaft sowie die Ermittlung des erforderlichen Kompensationsbedarfs erfolgte auf der Grundlage der „Grundsätze für die Ermittlung von Ausgleich und Ersatz nach Art. 6 und 6a BayNatSchG bei staatlichen Straßenbauvorhaben“ vom 21.06.1993. Hiernach werden durch die Bewertung der Eingriffe in Waldbestände und andere Bestandteile des Naturhaushalts zugleich auch die hierdurch bedingten Eingriffe in den Boden erfasst.

Herr Adelmann von der Landesbaudirektion Bayern bestätigt den zum größten Teil schon in der Vergangenheit vollzogenen Vorgang der Entwässerung auf den Vorhabenflächen für landwirtschaftliche Zwecke. Er weist weiter auf die durchgeführten Bodenuntersuchungen hin, aus denen nicht ersichtlich ist, dass Moorböden im Vorhabengebiet vorhanden sind.

Aufgrund der dargestellten Ausführungen seitens Büro Dr. Schober erklärt das WWA sein Einverständnis, dass die Genehmigungsunterlagen in diesem Punkt nicht angepasst werden müssen. Auch das Ausgleichserfordernis ist nicht zu überarbeiten.

Als weiteren Punkt führt das WWA an, dass aufgrund der vielfach mit Schadstoffen belasteten Böden aus dem Bereich des Truppenübungsplatzes sowie der geogenen Bleibelastung in den Sandsteinen für die Abgrabungs- und Auffüllungsarbeiten frühzeitig ein Bodenmanagementsystem einzurichten ist. Herr Schulze-Bierbach erläutert, dass hierfür eine bodenkundliche Baubegleitung im Zuge der Umweltbaubegleitung sinnvoll erscheint. Der Vorhabenträger erklärt in Person von Herrn Adelmann, dass er diese Anforderungen bei der Bauausführung beachten wird. Insbesondere wird er ein Bodenmanagement durchführen und eine bodenkundliche Baubegleitung beauftragen. Bei der Planung und Umsetzung des Bodenmanagements sollen die in der Stellungnahme des WWA aufgeführten Punkte berücksichtigt werden. Dies gilt auch für die weiteren in der Stellungnahme aufgeführten und teilweise vorgetragenen bodenschutzrechtlichen Anforderungen.

Laut Herrn Prof. Dr. Schink sind die bodenschutzrechtlichen Anforderungen aus § 12 BBodSchV ebenso wie die einschlägigen abfallrechtlichen Anforderungen unmittelbar verbindlich und vom Vorhabenträger auch ohne ausdrückliche Regelung in einem Bescheid bei der Ausführung der Vorhaben zu beachten.

Im Übrigen regelt nach Aussage von Herrn Prof. Dr. Schink dieser Bescheid lediglich die Zulässigkeit der Waldrodung einschließlich der Kompensation für die hierdurch bedingten Eingriffe in Natur und Landschaft. Da der Bescheid keine Konzentrationswirkung hat, können bodenschutzrechtliche, wasserrechtliche oder abfallrechtliche Anordnungen in diesem Bescheid nicht getroffen werden. Die erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungen sind beantragt. In diesen Verfahren ist sichergestellt, dass die vom Wasserwirtschaftsamt Weiden dargelegten wasserrechtlichen Anforderungen bzw. Forderungen, wie z. B. zusätzliche Grundwassermessstellen, eingehalten bzw. behandelt werden.

Die o. g. Ausführungen gelten auch für die Einwände aus der Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Umwelt.

5.4 Landesfischereiverband Bayern e.V.

Zu der Stellungnahme des Landesfischereiverbandes Bayern e.V. liegt eine Erwidern der Stellungnahme vom Büro Dr. Schober vom 15.01.2018 vor. Diese wird der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Für den Landesfischereiverband Bayern e.V. ist als Vertreter Herr Lukassek anwesend.

Herr Lukassek stellt die Punkte der Stellungnahme des Landesfischereiverbandes nochmals dar. Sowohl der Einwand zur Entwässerung als auch der Einwand zur Ausführung der Dachflächen kann ausgeräumt werden. Wie unter "2. Vorhabendarstellung durch den Vorhabenträger (LBD)" bereits aufgeführt, erfolgt die Entwässerung nach Aussage Herrn Adelmann über eine Trennkanalisation anstatt über eine Mischkanalisation. Weiter stellt Herr Adelmann klar, dass für die Dachflächen Aluminium eingesetzt wird. Die Bedenken hinsichtlich dieses Punktes von Seiten des Landesfischereiverbandes sind damit ausgeräumt.

Herr Lukassek weist, wie in seiner Stellungnahme geschrieben, darauf hin, dass durch das Vorhaben Schwermetalle, Mineralölkohlenwasserstoffe (MKW), polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) und Polychlorierte Biphenyle (PCB) freigesetzt werden. Diese werden nicht wie im UVP-Bericht geschrieben, sukzessive abgebaut, sondern reichern sich in der Nahrungskette an. Hierfür sind entsprechend aktueller Vorschriften des Landesamtes für Umwelt Messungen durchzuführen und ggf. geeignete Maßnahmen (Adsorptionseinrichtungen) zu ergreifen. Auch der vorgesehene Bodenfilter hat laut Herr Lukassek nicht die erwartete Wirkung. Herr Lukassek sieht hierin auch eine Gefahr für die Trinkwassergewinnung der Stadt Grafenwöhr. Dies wird vom WWA Weiden nicht bestätigt.

Herr Adelmann erwidert darauf, dass bei der Umsetzung des Vorhabens ein Koaleszenzabscheider zur Vermeidung eines Schadstoffeintrages eingebaut wird. Zudem weist Herr Adelmann darauf hin, dass die Böden, auf denen die zukünftige Nutzung stattfindet, weitestgehend versiegelt sind, somit mögliche Schadstoffe gar nicht in den Boden gelangen. Die mit den Vorhaben anfallenden Abwässer werden fachgerecht entsorgt.

Bzgl. der Einwendung des Landesfischereiverbandes, dass für kontaminiertes Löschwasser keinerlei Auffangvorrichtungen vorgesehen sind, erwidert Herr Adelmann, dass die bestehende Planung diese beinhaltet.

Herr Prof. Dr. Schink erläutert, dass in diesem Bescheid lediglich Regelungen zur Zulässigkeit der Waldrodung, nicht jedoch solche wasserrechtlicher Art getroffen werden können. Somit können in diesem Bescheid keine Anordnungen zur Entwässerung über eine Trennkanalisation, die Anbringung von Fällungseinrichtungen, Absorptionseinrichtungen oder Auffangwannen sowie die Herstellung der Bedachung der Gebäude aus Titanzink getroffen werden. Dies bleibt ggf. durchzuführenden wasserrechtlichen oder baurechtlichen Verfahren vorbehalten. Dies wird von Herrn Lukassek so bestätigt.

Dr. Schober ergänzt, dass mit den Vorhaben eine Verkürzung von Lieferstrecken gegenüber anderen Alternativen verbunden ist. Damit geht auch eine Reduzierung des Risikos von Schadstoffeinträgen durch Lieferverkehr einher.

Zum Einwand des Landesfischereiverbandes, dass in UVP und FFH-VP auch die Wiederherstellung der Population und Lebensräume der in der Stellungnahme genannten Fischarten berücksichtigt werden müssen, erläutert Herr Prof. Dr. Schink und Herr Dr. Schober, dass es die Aufgabe des Vorhabenträger ist, sicherzustellen dass eine Beeinträchtigung von FFH-Gebieten ausgeschlossen ist. Dies wurde durch die Gutachten und durch die zuständige Behörde, die Höhere Naturschutzbehörde der Regierung der Oberpfalz, in ihrer Stellungnahme bestätigt. Darüber hinaus erfordert § 34 BNatSchG lediglich Maßnahmen zur Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten, nicht hingegen von Vorhabenträgern auch solche Maßnahmen, mit denen die ökologische Qualität der Gebiete verbessert werden soll. Dies ist gemäß FFH-Richtlinie ausschließlich Aufgabe der staatlichen Stellen. Dasselbe gilt nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG) auch für das wasserrechtliche Verbesserungsgebot.

6. Ggf. Erörterung von weiteren Einzeleinwendungen

(nach Wortmeldungen, soweit nicht durch die Erörterung der o. a. Themenschwerpunkte erledigt)

6.1 Fachberatung für Fischerei – Bezirk Oberpfalz

Die Fachberatung für Fischerei, vertreten durch Frau Dr. Saile, übergibt am Erörterungstermin ihre Stellungnahme zu den beiden Vorhaben VMS und TSC.

Frau Dr. Saile erläutert die wesentlichen Inhalte ihrer Stellungnahme. Sie geht dabei auf die aktuelle Bestandssituation der zu betrachtenden Fließgewässer und ihre Fischarten ein. Sie bestätigt dabei, dass die vorherrschenden Bedingungen nicht optimal sind, wünschenswerte Arten fehlen. Sie bestätigt auch die Ergebnisse der Fischkartierungen durch Büro Dr. Schober, die durch die Fachberatung für Fischerei begleitet wurden. Aus Sicht der Fachberatung für Fischerei sind die in den Genehmigungsunterlagen vorgesehenen Maßnahmen geeignet, Schadstoffeinträge in den Schaumbach und darüber hinaus in die Creußen und die Heidenab zu vermeiden.

Weiter führt Frau Dr. Saile in ihrer Stellungnahme zusätzliche Hinweise und Forderungen auf. Diese beinhalten zusammengefasst,

- dass die Vorgaben einschlägiger Merkblätter und der Stand der Technik zu beachten sind,
- dass ein Eintrag von Sedimenten mittels geeigneter Maßnahmen beim Bau zu vermeiden ist,
- dass biologisch abbaubare Hydrauliköle verwendet werden,
- dass Beton und Zement nicht ins Gewässer gelangen dürfen,
- dass Maßnahmen im Gewässer in den Monaten August bis einschließlich Oktober durchzuführen sind,
- dass während der Bauarbeiten eine Verunreinigung des Gewässers sorgfältig zu vermeiden ist,
- dass die im Landschaftspflegerischen Begleitplan genannten schadensvermeidenden und -vermindernden Maßnahmen umzusetzen sind und
- eine ökologische Baubegleitung einzusetzen ist.

Detailliert können dies Hinweise und Forderungen der Stellungnahme entnommen werden.

Herr Schulze-Bierbach führt daraufhin aus, dass die dargestellten Hinweise und Forderungen auch im durchzuführenden Bodenmanagement berücksichtigt werden sollen. Auch für die Hinweise und Forderungen der Fachberatung für Fischerei gilt, dass in diesem Bescheid lediglich Regelungen zur Zulässigkeit der Waldrodung, nicht jedoch solche wasserrechtlicher Art getroffen werden können. Dies bleibt ggf. durchzuführenden wasserrechtlichen oder baurechtlichen Verfahren vorbehalten.

Das WWA erläutert auf die Frage nach dem aktuellen Stand des Wasserrechtsverfahrens, dass dieses bereits laufe, der aktuelle Stand bei der zuständigen Wasserrechtsbehörde erfragt werden kann.

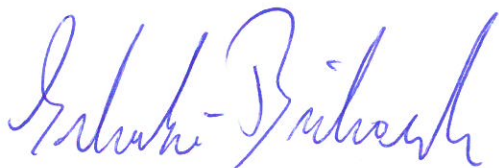
6.2 Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Der BUND Naturschutz (BN) hat am 08.01.2018 Einwendungen zum Vorhaben erhoben. Auf Nachfrage von Herrn Schulze-Bierbach, ob weitere Anwesende ihre Einwendungen vortragen wollen, ist von ihm keine Wortmeldung festzustellen. Am Erörterungstermin hat kein Vertreter des BN teilgenommen. Die Einwendungen des BUND Naturschutz in Bayern e.V. sind allgemein gehalten. Es bedurfte keiner Erörterung.

7. Offizielle Beendigung der Veranstaltung

Es werden keine weiteren Themenpunkte angesprochen. Herr Schulze-Bierbach stellte die weitere Vorgehensweise in dem Verfahren dar und teilt mit, dass die BImA im Weiteren über das vorliegende Projekt entscheiden wird. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dankt Herr Schulze-Bierbach den Erschienenen und schließt den Termin um 12.00 Uhr.

Im Auftrag



Schulze-Bierbach

Lfd. Nr.	Adresse
1	Landesbaudirektion Bayern Krelingstraße 50 90408 Nürnberg
2	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regensburg Forststraße 4 93188 Pielenhofen
3	Landratsamt Neustadt a. d. Waldnaab Stadtplatz 36 92660 Neustadt
4	Wasserwirtschaftsamt Weiden Am Langen Steg 5 92637 Weiden i.d.OPf.
5	Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Gabelsberger Straße 2 92637 Weiden i.d.OPf.
6	Bayer. Landesamt für Denkmalpflege Dienststelle Regensburg Adolf-Schmetzer-Str. 1 93055 Regensburg
7	Bayer. Landesamt für Umwelt Bürgermeister-Ulrich-Straße 160 86179 Augsburg
8	Amt für Ländliche Entwicklung Oberpfalz Falkenberger Str. 4 95643 Tirschenreuth
9	Fachberatung für Fischerei des Bezirks Oberpfalz Ludwig-Thoma-Straße 14 93051 Regensburg
10	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Abt. Infrastruktur Fontainengraben 200 53123 Bonn
11	Bayer. Bauernverband - Hauptgeschäftsstelle Oberpfalz Furthmayrstraße 17 93053 Regensburg
12	Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Nürnberg Eilgutstraße 2 90443 Nürnberg
13	Regierung der Oberpfalz, SG 10 Sicherheit und Ordnung Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg
14	Regierung der Oberpfalz, SG 24 Raumordnung, Landes- und Regionalplanung Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg
15	Regierung der Oberpfalz, SG 50 Technischer Umweltschutz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg
16	Regierung der Oberpfalz, SG 51 Naturschutz Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg

17	Regierung der Oberpfalz, SG 52 Wasserwirtschaft Emmeramsplatz 8 93047 Regensburg
18	Stadt Grafenwöhr Bauamt Marktplatz 1 92655 Grafenwöhr
19	Regionaler Planungsverband Oberpfalz Nord Stadtplatz 36 92660 Neustadt a. d. Waldnaab
20	Bund Naturschutz in Bayern e. V. Bauernfeindstraße 23 90471 Nürnberg
21	Bund Naturschutz in Bayern e. V. Kreisgruppe Neustadt a. d. Waldnaab Herrmannstraße 1 92637 Weiden
22	Landesbund für Vogelschutz in Bayern e. V. Masurenweg 19 93128 Regenstein
23	Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Pressath Kemnather Str. 11 92690 Pressath
24	Bezirk Oberpfalz Hauptverwaltung Ludwig-Thoma-Str. 14 93051 Regensburg
25	Deutscher Alpenverein e. V. Von-Kahr-Straße 2 80997 München
26	Wanderverband der Oberpfalz Von-Humboldt-Str. 4 92711 Parkstein
27	Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern Schlosstraße 104 92681 Erbenburg
28	Verein zum Schutz der Bergwelt e. V. Von-Kahr-Straße 2 80997 München
29	Oberpfälzer Waldverein Rotkreuzplatz 10 92637 Weiden i. d. OPf.
30	Stadtwerke Grafenwöhr Pechhoferstraße 18 92655 Grafenwöhr
31	Landesfischereiverband Bayern e. V. Mittenheimer Straße 4 85764 Oberschleißheim
32	Fischereiverband der Oberpfalz e. V. Adolf-Schmetzer-Straße 30 93055 Regensburg
33	Landesjagdverband e. V. Hohenlinder Straße 12 85622 Feldkirchen

34	Landesverband für Höhlen- und Karstforschung in Bayern e. V. Nestroystraße 12 90475 Nürnberg
35	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Bayern e. V. Ludwigstraße 2 80539 München
36	Landratsamt Neustadt an der Waldnaab Untere Naturschutzbehörde Stadtplatz 36 92660 Neustadt an der Waldnaab
37	Landratsamt Neustadt an der Waldnaab SG 41 - Umweltschutz Stadtplatz 36 92660 Neustadt an der Waldnaab
38	Landratsamt Neustadt an der Waldnaab SG 43 - Wasserrecht Stadtplatz 36 92660 Neustadt an der Waldnaab
39	Bundesforstbetrieb Grafenwöhr Kellerweg 3 92249 Grafenwöhr
40	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Außenstelle München Abt. Arbeitssicherheit Dachauer Straße 128 80637 München
41	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat I 3 Fontainengraben 200 53123 Bonn
42	Stadt Grafenwöhr Marktplatz 1 92655 Grafenwöhr